

standpunkt

DER WIRTSCHAFT



30. Oktober 2007 | Nummer 223 | 10. Jahrgang

Offizielles Informationsorgan der WIRTSCHAFTSKAMMER BASEL-LAND

themen

Meisterleistung



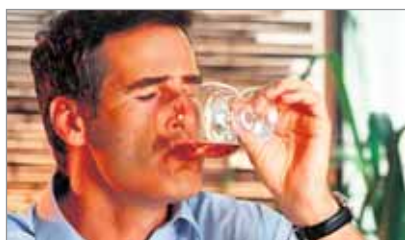
Die Berufsschau – so beurteilt es **Hans Rudolf Gysin** in seinem Editorial – ist eine gemeinsame Meisterleistung der Berufsverbände, der Schulen, des Kantons und der Wirtschaftskammer. **Seite 3**

Karten neu gemischt



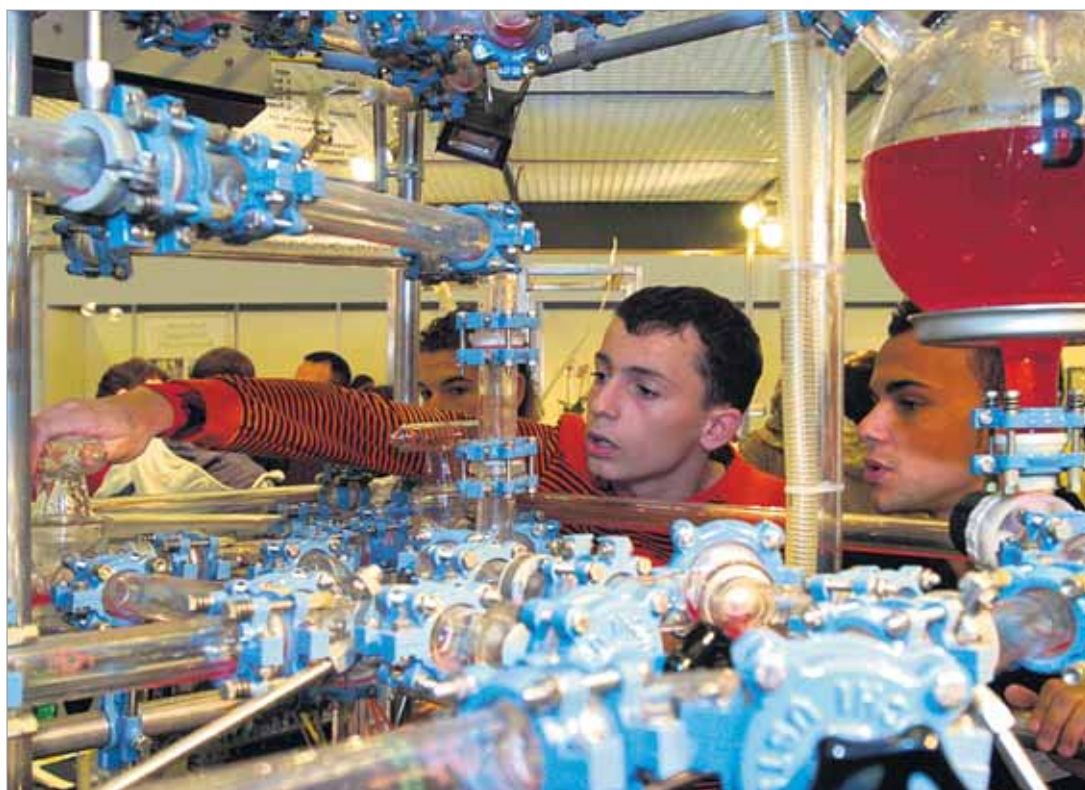
Kolumnist und Bundeshaus-Redaktor **Peter Amstutz** hält Rückschau auf die denkwürdigen eidgenössischen Wahlen und analysiert Stärken sowie Schwächen der Sieger und Verlierer. **Seite 4**

Alkohol-Aktionismus



Das Bundesamt für Gesundheit BAG will offensichtlich – nach Tabak- und Übergewicht-Aktionismus – nun auch zum Alkohol-Konsum das «Kind mit dem Bade ausschütten». **Seite 7**

Wieder viel Publikum auf dem «Marktplatz der Lehrberufe»



Weichenstellung: Die Baselbieter Berufsschau will in erster Linie jungen Menschen die Wahl des richtigen Berufes ermöglichen – im Leben eines Jugendlichen der wohl wichtigste Entscheid.

Mit wiederum gegen 40'000 Besuchenden hat die Baselbieter Berufsschau 2007 in ihrer sechsten Auflage die bisherige Magnetwirkung für die Jugendlichen im Berufswahlalter erneut bestätigt: Sowohl die Aussteller als auch die Berufsverbände und die für die Organisation verantwortlich zeichnende Wirtschaftskammer Basel-Land zogen nach Schliessung der Ausstellung am Sonntag-Abend, 21. Oktober 2007, eine sehr positive Bilanz. Die Berufsschau hat damit ihre anspruchsvollen Ziele und Aufgaben einmal mehr mit grossem Erfolg erreicht.

Als positiv wurde dabei vor allem hervorgehoben, dass die früheren sehr intensiv genutzten Besuche der regionalen Schulklassen deutlich ruhiger abgewickelt werden konnten, obwohl mehr Schulklassen und Schüler als in früheren Jahren die Berufswahlmesse im KUS-PO Pratteln besucht haben.

Einmaliges Erfolgsrezept

Was ist es nur, was alle zwei Jahre derart viele Besucherinnen und Besucher an die Berufsschau nach Pratteln zieht? Ausstellungen und Informationsmöglichkeiten zur Berufswahl gibt es nicht nur in

unserer Region zur Genüge. Und trotzdem hat sich die Baselbieter Berufsschau in ihrem jetzt über 10-jährigen Bestehen zum grössten «Marktplatz der Lehrberufe» entwickelt, der seinesgleichen in unserem Land sucht.

Urs Berger, verantwortlicher Leiter des Organisationsteams der Berufsschau, bringt in seiner abschliessenden Beurteilung der diesjährigen Schau ihr «Erfolgsgeheimnis» auf den Punkt: «Alles entscheidend an unserer Berufsschau ist sicher, dass wir konsequent den

Fortsetzung auf Seite 2 →

in dieser ausgabe

Karten neu gemischt 4

Wahlkommentar von Bundeshaus-Redaktor Peter Amstutz

Alkohol-Aktionismus 7

Der Schweizerische Gewerbeverband wehrt sich gegen eine sinnlose Bevormundung aller – anstelle gezielter Prävention.

Arbeitgeber-News 11

Per 1. Januar treten bei der AHV und beim BVG neue Bestimmungen in Kraft, die für Arbeitgeber wichtig sind.

KMU-Esprit in Luzern 13

An ihrer Klausurtagung legten die Mitglieder der Baselbieter KGIV die neue Marschrichtung ihre KMU-Politik fest.

Schreiner in Festlaune 16

Festlicher Gala-Abend des Schreinermeisterverbandes Baselland zum 100-Jahr-Jubiläum

Unvergessliche AGIR in Reinach 18

Bericht von der Eröffnung einer der grössten Gewerbeausstellungen im Kanton Baselland

Impressum

standpunkt

Auflage: über 17 500 Exemplare

Erscheinungsweise: 20-mal jährlich

Herausgeber:

- Wirtschaftskammer Baselland
 - Arbeitgeber Baselland
 - Unabhängiges Podium für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft
- Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal
Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50
Internet: www.wirtschaftskammer.org
e-mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor

Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)

Produktion: IWF Institut für Wirtschaftsförderung, Haus der Wirtschaft, 4410 Liestal

Inserate: Simone Zihlmann, Atelier Donelli, Postfach, 4009 Basel
Tel. 061 303 83 55, Mail: donelli@freesurf.ch

«Standpunkt» ist die offizielle Zeitung der herausgebenden Organisationen für deren Mitglieder und Mitgliedsverbände. Das Abonnement für die Mitglieder ist im Jahresbeitrag inbegriffen.

Abdruck von Beiträgen mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Erfolgsstrategie der «Baselbieter Berufsschau» erneut eindrücklich bestätigt

Duale Berufsausbildung hat

→ Fortsetzung von Seite 1

ersten entscheidenden Berufswahlschritt der jugendlichen Besuchenden in den Vordergrund stellen und diese Wahl unterstützen. Dabei hat für uns das duale Berufsbildungssystem – praktische Lehre im Betrieb und theoretischer Unterricht an der Berufsschule – oberste Priorität.»

Dies aus gutem Grund, denn schliesslich sei die Wirtschaftskammer in einer ihrer wesentlichen Kernaufgaben dieser dualen Berufsbildung nicht nur verpflichtet, sondern von ihrem Nutzen vollumfänglich überzeugt. Die Baselbieter Berufsschau lebe von der Berufspraxis, die an den Ausstellungsständen weitestgehend sehr informativ demonstriert werde.

Sinnlich-informatives Erlebnis

Tatsächlich: Wer einen Rundgang durch die in diesem Jahr über 3000 Quadratmeter grosse und 160 Ausstellungsstände umfassende Schau machte, hörte, fühlte, sah, roch und schmeckte die 180 präsentierten Lehrberufe augenfällig und hautnah. Die Berufsschau ist damit ein eigentliches «sinnliches» Erlebnis mit hohem Informationswert. Ein guter Grund für Berufswahl-Schulklas-



Duales Bildungssystem: Zahntechnikerin demonstriert ihre praktische Arbeit.

sen, aber auch Familien, das KUS-PO zu besuchen.

Ausschliesslich positives Fazit

Urs Berger zeigte sich am Sonntag-Abend, 21. Oktober, in seinem

ersten Fazit zur Berufsschau 07 ausgesprochen zufrieden. Trotz erneutem Besucheransturm verzeichnete das Organisationsteam keinerlei nennenswerte Zwischenfälle oder gar Unfälle. Der weiter gestiegene Besucherandrang – gerade durch die Schulklassen – konnte dank organisatorischer Massnahmen spürbar ruhiger bewältigt werden. Ebenso erfreulich und ohne Stress sei der zweiwöchige Aufbau und schliesslich auch der Abbau der Ausstellung erledigt worden.

«Ein Highlight waren ausserdem die kreativen, praxisbezogenen Präsentationen an den Ausstellungsständen, insbesondere bei den handwerklichen Berufen», betonte Berger explizit. Es habe sich einmal mehr erwiesen, dass das praktische Arbeiten an den Ständen und die Beteiligungsmöglichkeiten für die jungen Besucher eine ganz starke Anziehungskraft ausüben würden.



Andrang überall dort, wo die jungen Besuchenden selbst Hand anlegen konnten.

Priorität



Herzlichen Dank

Urs Berger dankt den Ausstellern, Lehrmeistern und Lehrlingen an den Ständen, aber auch den OK-Mitgliedern und deren Mitarbeitenden, den Gemeindebehörden

mehr zum thema

Die Wirtschaftskammer Basel-land freut sich bereits heute auf die nächste Berufsschau im Jahre 2009. Diese findet statt vom **Mittwoch, 21. Oktober, bis Sonntag, 25. Oktober 2009**, wiederum im KUSPO Pratteln.

Weitere Stimmungsbilder zur Berufsschau sind ausserdem auf www.kmu.org ersichtlich. Darüber hinaus produziert die Wirtschaftskammer Basel-land auf Anfang 2008 wiederum eine «Standpunkt **SPEZIAL-Ausgabe**» mit vielen Berichten und Bildern zur Berufsschau 2007.



Berufsschau eröffnet (v. l.): Bildungsdirektor Urs Wüthrich, Wirtschaftskammer-Präsident Andreas Schneider, Serge Imboden, Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, und Wirtschaftskammer-Direktor Hans Rudolf Gysin.

von Pratteln, den Anwohnern, den Reinigungskräften und vielen weiteren Helferinnen und Helfern im Hintergrund – nicht zuletzt den Mitarbeitenden aus dem «Haus der Wirtschaft» – für den tollen, engagierten Einsatz.


Enormes Engagement

Diesem Dank an alle Beteiligten schliesst sich auch **Hans Rudolf Gysin**, Direktor der Wirtschaftskammer, an: «Besonders erfreulich ist, dass die organisatorischen Anpassungen aufgrund früherer Erfahrungen zielgerichtet und erfolgreich umgesetzt werden konnten, obwohl die Berufsschau erneut gewachsen ist», unterstreicht Gysin.

Er hebt überdies besonders das enorme Engagement der Berufsverbände und der ausstellenden Institutionen hervor, die auch in der sechsten Ausgabe der Berufsschau

sowohl in der Präsentationsqualität als auch hinsichtlich des Informationswertes ihrer Ausstellungsstände nochmals spürbar zugelegt haben. Für diesen Einsatz dankt der Wirtschaftskammer-Direktor allen Ausstellern, den Lehrmeisterinnen und Lehrmeistern sowie den Lehrlingen und Lehtöchtern ganz herzlich.

Konstruktive Partnerschaft

Ebenso dankt Hans Rudolf Gysin den kantonalen Behörden, welche die Berufsschau massgeblich partnerschaftlich mitfinanziert und damit zum guten Gelingen beigetragen haben. Gysin konnte im Übrigen am Berufsschau-Sonntagabend in kleinem Kreis seine erfolgreiche Wiederwahl in den Nationalrat feiern (*siehe auch Seite 5 in dieser Ausgabe*). ebo. 



Aus erster Hand: Vor allem Lernende informierten über ihre Berufspraxis.

editorial

Meisterleistung der KMU-Verbände



Hans Rudolf Gysin
Nationalrat, Direktor
Wirtschaftskammer

Zum sechsten Mal innert zehn Jahren war das KUSPO Pratteln regional und landesweit das «Mekka» der Berufswahl. Gegen 40'000 Besucherinnen und Besucher – Jugendliche vor der Berufswahl, die Berufswahl-Lehrerschaft, Eltern sowie Lehrmeisterinnen und Lehrmeister informierten sich in diesem Berufsschau-Jahr wiederum über das ausgesprochen breite Angebot an Lehrberufen.

Für mich gabs dabei drei besondere Highlights: erstens und wichtigstens das ungebrochen enorme Engagement der Berufsverbände und der weiteren ausstellenden Institutionen mit ihren Mitarbeitenden. Sie haben die Berufsschau als das genutzt, wofür sie von der Wirtschaftskammer «erfunden» worden ist: als effiziente Informationsplattform für ihren Berufsnachwuchs.

Und zweitens hat mich einmal mehr sehr beeindruckt, wie auch unsere Behörden – der Landrat und die Regierung – erneut ihre Wertschätzung dieser Schau unterstrichen haben: mit ihrem offiziellen Besuch dieses grössten schweizerischen «Marktplatzes der Lehrberufe».

Es ist mir deshalb ein Bedürfnis, ihnen allen – den ausstellenden Institutionen und unseren Behörden – ganz herzlich zu danken. Ohne dieses Engagement könnte die Berufsschau nicht durchgeführt werden. Ebenso danke ich allen Helferinnen und Helfern im Hintergrund – nicht zuletzt meinen Mitarbeitenden aus dem «Haus der Wirtschaft» – für ihren enormen Einsatz während der fünf Ausstellungstage.

sozialpartner

Aussergewöhnliche Anerkennung für Hans Rudolf Gysin



Rote Äpfel für Hans Rudolf Gysin (l.) aus der Hand von Gewerkschafts-Sekretär und Landrat Andreas Giger.

In Würdigung seiner gelebten, von konstruktivem Geist geprägten Sozialpartnerschaft im Kanton Baselland erlebte Nationalrat **Hans Rudolf Gysin** an der Berufsschau 2007 eine aussergewöhnliche Anerkennung von Seiten der Arbeitnehmer-Vertretungen:

Landrat **Andreas Giger**, Sekretär der Gewerkschaft Unia Nordwestschweiz überreichte dem Wirtschaftskammer-Direktor einen jungen Apfelbaum. Dies vor dem Baselbieter Landrat und der Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro**, die am «Tag der Baselbieter Berufsbildung» der Berufsschau einen offiziellen Besuch abgestattet und anschliessend an einen Rundgang am Empfang der Sozialpartner teilgenommen hatten.

Rote Äpfel und Apfelmus

In seiner kurzen Laudatio betonte Giger, dass Gysin auch nach härtesten Verhandlungen jederzeit eine konstruktive Beziehung unter den Sozialpartnern pflege und fördere. Allerdings müsse nun aber beachtet werden, dass am jungen Baum nur rote Äpfel wachsen würden. Der sichtlich berührte Wirtschaftskammer-Direktor konterte in seinem herzlichen Dank für diese Anerkennung, dass bei harten Auseinandersetzungen aus diesen Äpfeln rasch auch Apfelmus werden könne...

Bundeshaus-Redaktor Peter Amstutz zu den Wahlen und zur Wintersession 2007:

Wahlvolk hat Karten neu ge

Nicht nur die Wahlbeteiligung, auch das Interesse, bei den eidgenössischen Wahlen vom 21. Oktober 2007 selber einen der 200 Sitze im Nationalrat oder der 46 Plätze im Ständerat zu erobern, war grösser denn je. In den meisten Kantonen traten deutlich mehr Kandidatinnen und Kandidaten an als noch vor vier Jahren.

Ständerat: klare Persönlichkeitswahl

Um die fünf baselstädtischen Sitze im Nationalrat zum Beispiel buhlten 88 Personen auf 18 Listen. Um den einzigen baselstädtischen Ständeratssitz bemühten sich drei Kandidaten; obenaus schwang dann die bisherige SP-Frau **Anita Fetz**. Für die Plätze der sieben basellandschaftlichen Mitglieder des Nationalrates waren 13 Wahlvorschläge (Listen) mit 85 Kandidatinnen und Kandidaten eingereicht worden. Um den Baselbieter Ständeratssitz rangen (erfolgreich) Nationalrat **Claude Janiak** (SP) und (erfolglos) e. Regierungsrat **Eric Straumann** als Favoriten.

Etwas verdrängt wurde bei dieser Ausmarchung die bewährte Regel, wonach Ständeratswahlen nicht primär von Parteitaktik dominiert werden sollten, weil es sich in erster Linie um Persönlichkeitswahlen handelt. Und die Wählerschaft von «Halbkantonen» mit nur einem Ständeratssitz muss jeweils umso sorgfältiger abwägen, wem sie das bundespolitisch bedeutsame Mandat anvertraut.

Herausforderungen für eine FDP auf Talfahrt

Wenn es nach dem Tessiner FDP-Nationalrat und Parteipräsidenten **Fulvio Pelli** gegangen wäre, dann hätten die eidgenössischen Gesamterneuerungswahlen frühestens 2009 stattgefunden. Bis dann, so hofft der dritte FDP-«Chef» in Folge allein während der Legislatur 2003–07, müsste doch der Freisinn zu seiner früheren Bestform einer staatstragenden



Baselbieter Nationalratsmitglieder am 21. Oktober 2007 (v. l.): Eric Nussbaumer, Kathrin Amacker, Christian Miesch, Susanne Leutenegger-Oberholzer, Hans Rudolf Gysin, Maya Graf und Caspar Baader.

Foto: Nicole Nars-Zimmer/bz

bürgerlichen Kraft zurückgefunden haben...

Doch die Realität ist vorläufig eine andere. Bisher gings stets nur bergab. Seit 1979 (Wähleranteil 24%) hat die FDP bis 2007 (17,8%) ununterbrochen an Mandaten (2007: minus 5) und vor allem an Einfluss in Bundesbern (Fraktionsstärke: noch 35 Sitze im Nationalrat; zweite Wahlgänge für den Ständerat) verloren. In der letzten Legislatur kämpften noch 40 freisinnige Nationalratsmitglieder und 14 Ständeratsabgeordnete auf häufig verlorenen Posten.

Fehlende Kohärenz

Warum? Fehlende Kohärenz war wohl eine der Hauptursachen. Die Gründerpartei des Bundesstaates von 1848 hat – so sieht es Präsident Pelli selber – zwei Jahr-

zehnte lang liberale Grundwerte vernachlässigt und dafür halbherzige Kompromisse (der ändern) mitgetragen statt bekämpft. Normenflut, Vorschriftenschwung, Hochpreisprobleme, Staatskontrollen bis in die hinterste Landesecke, fehlendes Bekenntnis zu bürgerlichen Kernanliegen: Solche Probleme machten den Freisinn zu einer national immer weniger mitgestaltenden Beobachterpartei. Die FDP-Gefolgschaft wusste immer weniger, wohin die Reise ging und welche politischen Absichten eigentlich verfolgt wurden.

Fusion als Rettung?

Präsident Pelli sprach im Wahlkampf darum lieber vom übernächsten Kräfteressen und meinte, 2011 werde die FDP wieder auf mehr als 20 Prozent Wähleran-

mischt...



Mitte die Runde. Zusammen wären die arg angeschlagenen Mitte-Bürgerlichen gerade mal so mandatsstark wie die SVP alleine...

Freisinnige Versprechen, so weit vorhanden, sind nach den Wahlen nun erst recht in der Tagespolitik zu halten. Andernfalls geht die Talfahrt (später sogar im Fusionsverbund) unaufhaltsam weiter...

Legislatur bis 3. Dezember 2007

Bis zur Vereidigung der neugewählten Parlamentsmitglieder am 3. Dezember 2007 dauert die Legislatur 2003–07 für die «alten Räte» noch an. Allerhöchste Zeit also für eine Rechenschaftsablage.

Das Jahr 2003 gilt als Wegmarke in der Geschichte des modernen Bundesstaates. Denn am 10. Dezember 2003 wurde die parteipolitische Zusammensetzung der Landesregierung gemäss «Zauberformel» von 1959 (je zwei Sitze für SP, FDP und CVP, ein Sitz für SVP) den neuen bürgerlichen Kräfteverhältnissen angepasst. Mit Hilfe der FDP wurde in der Gesamterneuerungswahl des Bundesrats der damalige Zürcher Nationalrat **Christoph Blocher** (SVP) anstelle von Bundesrätin **Ruth Metzler** (CVP) gewählt. Damit verweigerte die Vereinigte Bundesversammlung zum ersten Mal seit mehr als hundert Jahren einem amtierenden Regierungsmitglied die Wiederwahl.

Politische Mitte immer wieder tonangebend

Diese Regierungsumbildung prägte auch thematisch die ganze

Legislaturperiode und den Wahlkampf. Man verfolgte gespannt insbesondere die Auswirkungen auf die schweizerische Politik, auf das politische Klima und auf das Funktionieren des Bundesrates. Die letzten Wochen des Wahlkampfes haben dieses Dauerringen der erstarkten Bürgerlichen mit den geschwächten Linken völlig beherrscht.

Trotz Verhärtung der Fronten und verstärkter Polarisierung spielt die politische Mitte immer wieder ihre Rolle bei der Konsensfindung im Gesetzgebungsprozess. Niemand von den vier Stärksten ist in Bern so stark, dass er alleine die Entscheidungsfindung bestimmen könnte. Im Parlament war jedenfalls kein «Rechtsrutsch» erkennbar, und auch die Wahlergebnisse 2007 ändern daran insgesamt herzlich wenig.

Erstaunlich stabile Struktur

Eine politikwissenschaftliche Analyse des Abstimmungsverhaltens im Nationalrat (www.parlamentsspiegel.ch) ergab für die letzten drei Legislaturperioden eine erstaunlich stabile Struktur. Eine Studie über die Mehrheits- und Koalitionsbildung im Nationalrat kommt zum Schluss, dass gerade die arg bedrängten Parteien FDP und CVP im politischen Zentrum über alle Legislaturen hinweg die höchsten Erfolgsraten aufwiesen. Die Ergebnisse der Volksabstimmungen bestätigen dies.

Überraschungen zu erwarten

Umgekehrt konnten die nun vom Wahlvolk sehr unterschiedlich begünstigten Parteien SP und SVP beidseits des Zentrums – wie auch die Grünen – offenbar im Politalltag nicht direkt von ihrer Sitzstärke profitieren. Ursache dieser schweizerischen Besonderheit sind das unterschiedliche Koalitionsverhalten der Fraktionen und die Garantie des ungebundenen Stimmverhaltens ihrer Mitglieder. Das wird auch in der Legislatur 2007–11 so sein und entsprechend für Überraschungen sorgen... P.A.

teil kommen. Die verbal bekundete Lust der erneut massiv geschwächten Linken und der erstarkten Grünen, den mit vier Bürgerlichen besetzten siebenköpfigen Bundesrat schon bei den Gesamterneuerungswahlen der Exekutive vom 12. Dezember 2007 in Richtung «Mitte-links» umzubauen, ist auch als Bedrohung der FDP-Doppelvertretung im Bundesrat gedeutet worden. Auf Kosten der triumphierenden SVP jedenfalls dürfte ein solcher «Hosenlupf» nun nicht mehr zu gewinnen sein.

Der nächste Härtetest für die FDP steht so oder so kurz bevor. Zum wiederholten Mal, diesmal sogar aus dem Munde von FDP-Bundesrat **Pascal Couchepin**, machen sogar FDP/CVP-Fusionsvarianten für eine bürgerliche Kraft der

Wahlerfolge

Nationalrat Hans Rudolf Gysin komfortabel bestätigt



Wahlapéro (v.l.): Urs Berger, Hans Rudolf Gysin, Markus Meier und Andreas Schneider.

Trotz deutlicher Stimmenverluste seiner Partei wurde am 21. Oktober der langjährige Baselbieter FDP-Nationalrat und Wirtschaftskammer-Direktor **Hans Rudolf Gysin** mit komfortablem Abstand vor dem Zweitplatzierten klar bestätigt. Bei einem kleinen Apéro an der Berufsschau gratulierte zu diesem Wahlerfolg Wirtschaftskammer-Präsident **Andreas Schneider**. Er überreichte dem Gewählten einen Spaten mit der Empfehlung, die KMU-Gesetzlandschaft auch weiterhin «umzuspaten». Ausserdem diene dieses Werkzeug auch für das Einpflanzen des gewerkschaftlichen Apfelbaumes (siehe Seite 4, Spalte links).

Starke Nordwestschweizer KMU-Vertretung



Neu im Nationalrat: der baselstädtische Gewerbedirektor Peter Malama.

Für Überraschung sorgten die eidg. Wahlen im Stadtkanton: Dort wurde der Direktor des Gewerbeverbandes Basel-Stadt, Grossrat **Peter Malama**, deutlich in den Nationalrat gewählt. Damit sind in Bern die Nordwestschweizer KMU gleich mit beiden Gewerbedirektoren vertreten.

zur person



Peter Amstutz
Bern

Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshaus-Redaktor und war bis Ende 2003 Leiter der Bundeshaus-Redaktion der «Basler Zeitung». Er vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

Wirtschaft lehnt die neue Regulierungsoffensive aus Bern entschieden ab

Nutzloser Alkohol-Aktionismus

Ein Ad-hoc-Komitee der Wirtschaft für eine sinnvolle Alkoholpolitik hat sich kürzlich mit einem Schreiben an den Gesamtbundesrat gegen das Nationale Programm Alkohol 2007–2011 der Gesundheitsapostel des Bundesamtes für Gesundheit BAG zur Wehr gesetzt. Offensichtlich soll – nach Tabak- und Übergewicht-Aktionismus – nun auch beim Alkohol «das Kind mit dem Bade ausgeschüttet» werden. Der Bevormundungstrend für einen Grossteil der Bevölkerung geht munter weiter...

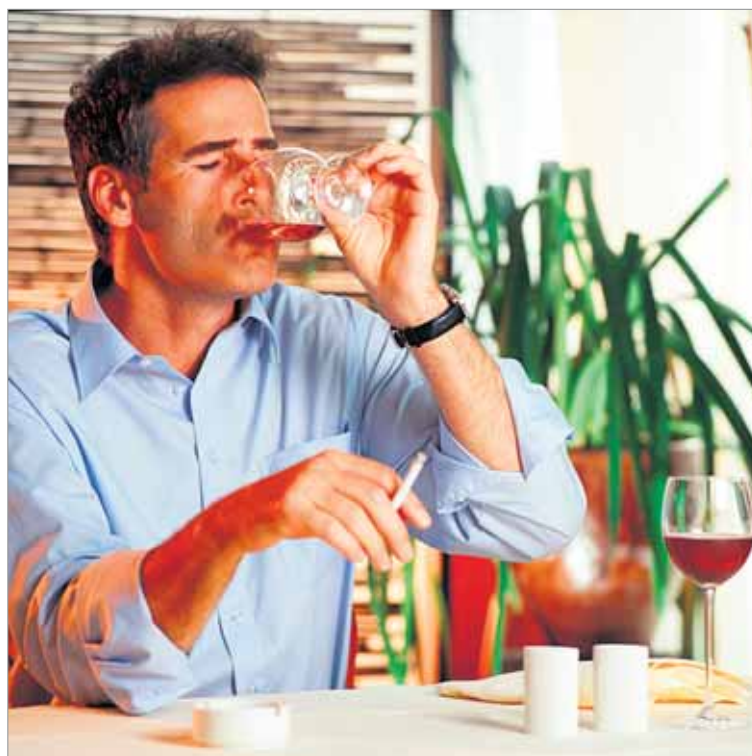
Ende Juli 2007 hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine weitere Regulierungsoffensive gestartet, die an den Aktionismus im Bereich Tabak und Übergewicht erinnert.

Das «Nationale Programm Alkohol 2007–2011» (NAP) umfasst 34 Massnahmen im Bereich der Alkoholpolitik, die das BAG öffentlich bekannt gemacht und ausführlich kommentiert hat. Die Reaktionen darauf waren aus allen politischen Lagern mehrheitlich negativ. Braucht es beispielsweise wirklich die Einführung und den Betrieb eines Alkoholmonitorings (Massnahme 23)?

Seltsames Informationsverhalten

Das BAG hat in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, alle betroffenen Wirtschaftskreise seien in die Ausarbeitung dieses Massnahmenpaketes einbezogen gewesen. Dies war aber nur am Rande und partiell der Fall. So wurden beispielsweise die Organisationen des stark betroffenen Detailhandels, der Landwirtschaft und der Werbewirtschaft sowie der Schweizerische Gewerbeverband, economiesuisse und der Arbeitgeberverband überhaupt nicht angehört.

Nur je ein Vertreter von Gastro-Suisse, Schweizer Brauerei-Verband, Schweizer Weinhandel und Schweizerischer Spirituosenverband waren zu den zwei letzten Hearings eingeladen, wo sie einer Phalanx von über 50 Beamten und so genannten Präventionsfachleuten gegenüberstanden, die bereits seit langer Zeit an diesem Massnahmenpaket mitgearbeitet



Bevormundung: Nach den Tabak-Restriktionen sollen nun auch Einschränkungen und – selbstverständlich – fiskalische Abschöpfung zum Alkoholkonsum verordnet werden.

hatten. Von den effektiven inhaltlichen Vorbereitungsarbeiten waren auch diese direkt betroffenen Branchenverbände ausgeschlossen.

An den Hearings wurde ihnen Einwandungen grundsätzlicher Art über das Vorgehen des BAG und die Inhalte der 34 Massnahmen nur äusserst beschränkt Rechnung getragen. Zudem wurden weder die vorberatenden Kommissionen der eidgenössischen Räte noch die politischen Organe der Kantone ausreichend informiert und die Arbeiten miteinbezogen.

Zurück an den Absender

Das Ad-hoc-Komitee der Wirtschaft für eine sinnvolle Alkoholpolitik hat deshalb den Bundesrat aufgefordert, das Massnahmenpaket des Nationalen Programms Alkohol 2007–2011 nicht einfach zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, sondern zur Überarbeitung an das BAG zurückzuweisen. Danach soll eine breit abgestützte politische Diskussion ermöglicht werden. Das Komitee verlangt eine echte Mitwirkung aller betroffenen Kreise und Institutionen.

Übertriebener Aktionismus

Die Hauptkritik des Ad-hoc-Komitees betrifft folgende Punkte:

- Das BAG versucht – an den zuständigen politischen Instanzen vorbei – eine eigene, politisch nicht abgestützte und weit über das Ziel hinaus-schiessende Alkoholpolitik zu initiieren und auf dem «Verwaltungsweg» umzusetzen.
- Die Anstrengungen der direkt betroffenen Branchen (Getränkebranche, Gastgewerbe) in Form von Selbstbeschränkungsmassnahmen (Verhaltenskodices) wurden weder zur Kenntnis genommen noch gebührend berücksichtigt.
- Die – abgesehen von Problemen im Bereich des Jugendschutzes – insgesamt positive Entwicklung in den vergangenen Jahren und der Rückgang des Pro-Kopf-Konsums beim Alkohol in der Schweiz (–23% in den letzten 20 Jahren) wurden einfach ausgeblendet.
- Vor zwei Monaten wurde das neue Biersteuergesetz in Kraft gesetzt und schon spricht das BAG von der Erhöhung der Biersteuer (und weiteren Steuern auf Alkoholika). Dies ist eine

flagrante Missachtung der Legislative, die dieses Gesetz im Dezember 2006 verabschiedet hat. Ebenso wird damit das Prinzip der Gewaltenteilung verletzt.

● Der Wirkungszusammenhang zwischen den anvisierten Zielen und den bekannt gewordenen NPA-Massnahmen ist aus Sicht der unterzeichnenden Organisationen nicht gegeben. Das BAG versucht mittels kleiner Schritte die Erhältlichkeit/Verfügbarkeit, die Konsumentenpreise sowie die Werbung schrittweise immer stärker zu beeinflussen. Diese Politik ist wirkungslos und führt zu Umgehungsstrategien, löst aber unbestrittene aktuelle Probleme nicht.

Besteuerung und Verbote bringen nichts

Diese Politik kann im Gegenteil zu einer Verschlimmerung der Probleme führen, wie viele Erfahrungen zeigen. So führte die Prohibition in den USA zu illegaler Produktion und Kriminalität. Die hohe Fiskalbelastung in Nordeuropa hat illegale Produktion, Schmuggel und Schwarzmarkt gefördert, was die Statistiken verfälscht. Und es ist erwiesen, dass das totale Werbeverbot in den früheren Ostblockstaaten den überdurchschnittlich hohen Alkoholkonsum nicht senken konnte.

Bevormundung

Das Ad-hoc-Komitee anerkennt durchaus einen Handlungsbedarf im Bereich des Jugendschutzes (Durchsetzung der geltenden Alterslimiten) und der individuellen Früherkennung von Alkoholmissbrauch. In diesem Bereich ist gegen wirksame Massnahmen nichts einzuwenden.

Es kann aber nicht angehen, dass die gesamte Bevölkerung mit zusätzlichen unverhältnismässigen Vorschriften und Verboten pauschal bevormundet wird. Die Einführung nutzloser bürokratischer Massnahmen ohne jede Wirkung, die Diskriminierung der inländischen Wirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz, die Kriminalisierung und Gängelung weiter Teile der Bevölkerung ist strikte abzulehnen – ebenso wie die übermässigen Regulierungsoffensiven des BAG in andern Lebensbereichen, die sich bald von der Wiege bis zur Bahre erstrecken.

Rudolf Horber, SGV



Gewusst wie – Effiziente Import- und Exportabfertigung

Kosten minimieren – die verschiedenen Versandarten

Zolldokumente kennen und korrekt erstellen – Carnets, Warentarifierung und Ursprungswesen

Die Unterschiede kennen – Umsatzsteuer in der EU

Keine Probleme – Zollbehörden in der Schweiz und in der EU

Immer mehr Schweizer KMU exportieren und importieren Waren und werden dadurch mit der Herausforderung der Zollabfertigung konfrontiert. Das Zollwesen ist eine hochkomplexe Angelegenheit, die praktisch alle Bereiche eines Unternehmens tangiert. Lieferverzögerungen, Mehrkosten sowie höhere Steuern sind einige Folgen fehlender Kenntnisse und ungenügender Beachtung des Zollwesens. Im Zollseminar werden sowohl der Import in die Schweiz, wie auch der Export in EU-Länder vertieft betrachtet. Die Abläufe der verschiedenen Einfuhr- und Ausfuhrmöglichkeiten und deren Auswirkung auf die Umsatzsteuer bzw. MWSt. werden thematisiert. Im dreitägigen Seminar erhält man einen hervorragenden Überblick zu den verschiedenen Zollabfertigungsmöglichkeiten. Dadurch wird es möglich, die einfachste und kostengünstigste Variante für die Bedürfnisse seiner Unternehmung zu definieren. Das Seminar ist praxisorientiert, damit die erlernten Kenntnisse gleich morgen im Betrieb umgesetzt werden können.

In Kooperation mit:



Zollseminar



**Dienstag-Donnerstag
13.-15. Nov. 2007**

jeweils von 8.30 Uhr bis 17.00 Uhr

Liestal – Haus der Wirtschaft
Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal

Zielgruppe:

Der Kurs richtet sich an GeschäftsführerInnen oder AdministrationsmitarbeiterInnen von zukünftigen oder bereits international tätigen KMU.

Seminarleitung: Prof. Dr. Jürgen Wolff,
Exportakademie Baden-Württemberg

Teilnahmegebühr:

Mitglieder Wirtschaftskammer Baselland CHF 1'675.-
Für Nichtmitglieder CHF 1'950.-
Inkl. Dokumentation, Mittagessen und Pausenverpflegungen.

ANMELDE TALON
Ausschneiden oder kopieren und
per Fax an die Nr. 061 927 65 50

Ich melde mich für das Zollseminar vom 13.11. bis 15.11.2007 an:

Name, Vorname _____

Funktion _____

Firma _____

Strasse, Nr. _____ PLZ, Ort _____

Tel. _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____

Mitglied Wirtschaftskammer Baselland

Nichtmitglied

Bitte senden Sie mir Ihre Dokumentation über die Mietmöglichkeiten in Ihrem Tagungszentrum.

Anmeldeschluss Montag, 12. November 2007 – Bitte per Fax auf Nr. 061 927 65 50

arbeitgeber

BASELLAND



30. Oktober 2007 | Nummer 223 | 10. Jahrgang | Offizielles Informationsorgan der WIRTSCHAFTSKAMMER BASELLAND

altersvorsorge

Säule 3a: Vorsorge für Erwerbstätige auch nach Erreichen des Rentenalters

Zur Förderung der Arbeitsmarktteilnahme älterer Arbeitnehmender hat der Bundesrat Mitte Oktober beschlossen, dass Frauen und Männer, die über das ordentliche Rentenalter hinaus erwerbstätig sind, den Bezug der Altersleistung der Säule 3a bis zur Aufgabe der Erwerbstätigkeit aufschieben können. Diese Aufschubmöglichkeit gilt für maximal 5 Jahre.

Solange sie erwerbstätig bleiben, sollen sie auch über das AHV-Rentenalter hinaus bis zu maximal 5 Jahren steuerbegünstigt in der Säule 3a vorsorgen können. Der Bundesrat hat die Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) entsprechend angepasst. Die Änderungen treten per 1. Januar 2008 in Kraft.

Mit der beschlossenen Massnahme soll vermieden werden, dass Personen bei Erreichen des ordentlichen Rentenalters die 3a-Altersleistung beziehen müssen. Entsprechend sollen Personen, die über das ordentliche AHV-Rentenalter hinaus erwerbstätig sind, auch über dieses Alter hinaus in der Säule 3a steuerbegünstigt vorsorgen können. Für sie besteht die Abzugsmöglichkeit neu 5 Jahre über das ordentliche AHV-Rentenalter hinaus. Dies soll sie zur Weiterarbeit motivieren.

Eidgenössisches Departement des Innern

Vom Bundesrat per 1. Januar 2008 verabschiedet

Änderungen AHV-Verordnung

Der Bundesrat hat verschiedene Änderungen der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) verabschiedet. Diese betreffen die beitragsrechtliche Behandlung von Arbeitgeberleistungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses, die Arbeitgeberkontrollen sowie die Verlustverrechnung bei Selbstständigerwerbenden. Die Änderungen treten auf 1. Januar 2008 in Kraft.

Grundsätzlich gehören alle Leistungen des Arbeitgebers an seine Arbeitnehmer zu dem für die Berechnung der Beiträge massgebenden Lohn. Die beitragsrechtliche Behandlung von Leistungen des Arbeitgebers bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird jedoch neu geregelt:

Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Sozialleistungen des Arbeitgebers bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses können unter gewissen Umständen vom massgebenden Lohn ausgenommen werden. Dies betrifft freiwillige Leistungen des Arbeitgebers an Arbeitnehmende, die in der beruflichen Vorsorge nicht oder lückenhaft versichert sind, und Abgangsentschädigungen für Personen, die aus betrieblichen Gründen (Betriebschliessungen, -zusammenlegungen und -restrukturierungen) entlassen werden.

Neuregelung der Arbeitgeberkontrollen

Für die Arbeitgeberkontrolle gelten neue Anforderungen. Künf-



Neuregelungen bei der AHV für Arbeitgeber und Selbständige ab 1. Januar 2008.

tig werden die Kontrollen nach einheitlichen Kriterien erfolgen, nur noch an Ort und Stelle durchgeführt werden und sich verstärkt am Risikoprofil des Arbeitgebers orientieren. Im Weiteren soll die Neuregelung auch eine präventive Wirkung zur Senkung des hohen Anteils der Beanstandungen haben.

Abzüge vom Einkommen Selbstständigerwerbender

Selbstständigerwerbende können vom Roheinkommen nur dieje-

nigen Geschäftsverluste in Abzug bringen, die im jeweiligen und dem unmittelbar vorangegangenen Beitragsjahr eingetreten und verbucht worden sind. Die vorliegende Änderung in der Verordnung schafft die rechtliche Grundlage für die Regelung, die seit der Einführung der Gegenwartsbemessung angewendet wird. Eine solche fehlte nach einem Urteil des Bundesgerichts von Ende 2006 bisher.

Eidgenössisches Departement des Innern



Klausurtagung der Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine

KMU-«Esprit» in Luzern



Marschrichtung festgelegt: Mitglieder der Baselbieter KGIV an der Klausur in Luzern.

Die Klausurtagung der Gewerbe- und Industrievereine der Wirtschaftskammer Baselland Ende September in Luzern bot die Gelegenheit, die Vergangenheit Revue passieren zu lassen, positive und negative Vorkommnisse aufzuzeigen sowie die Erfahrungen und Erkenntnisse in die weitere Arbeit einfließen zu lassen. Nicht zu kurz kamen die wichtigen informellen Begegnungen, um das Netzwerk zu pflegen und auszubauen.

Periodisch treffen sich die Mitglieder der Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine (KGIV) – die Vorstandsmitglieder der lokalen Baselbieter KMU-Organisationen sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaftskammer Baselland – zu einem zweitägigen Seminar, um gemeinsam in Klausur zu gehen und mit grossem Engagement die weitere Zukunft zu planen.

Aktive Verbände sind wirtschaftspolitisch von Bedeutung

Bei schönstem Herbstwetter machte sich der Car mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf die Fahrt nach Luzern. Im Seminarhotel angekommen, begrüßte **Roland Hohl**, Präsident der KGIV, die Teilnehmenden und animierte sie, die nächsten gemeinsamen Stunden aktiv zu gestalten und mitzudiskutieren. Hohl übergab sodann das Zepter an Tagungsleiter **Marcel F. Bischof**,

welcher – wie immer – engagiert und kompetent die Tagung moderierte.

Als Highlight konnte Nationalrat **Werner Messmer**, Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes, in Luzern begrüßt werden. In seinem Impulsreferat behandelte und untermauerte der Referent mit eindrucksvollen Worten die Bedeutung von wirtschaftspolitisch aktiven Verbänden.

Erste Bilanz von Regierungsrat Jörg Krähenbühl

Mit seinem Exklusivbericht über die ersten 90 Tage im Amt, beehrte der Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektor, Regierungsrat **Jörg Krähenbühl**, als ehemaliges Zentralvorstandsmitglied der Wirtschaftskammer die Klausurtagung. Er betonte, dass sein KMU-Herz auch als Mitglied der politischen Exekutive des Kantons Baselland weiter schlägt, und er sich engagiert für die KMU-Wirtschaft einsetzen wird.

Nationalrat **Hans Rudolf Gysin**, Direktor der Wirtschaftskammer, zeigte sich höchst erfreut darüber, dass sich die Vertreterinnen und Vertreter der KMU-Organisationen so zahlreich die Zeit genommen haben, um gemeinsam die Zukunft der KMU-Wirtschaft engagiert und im Dialog zu diskutieren.

In seinen Abschlussworten konnte Wirtschaftskammer-Präsident **Andreas Schneider** festhalten, dass er die Klausurtagung mit grossem Inter-

esse verfolgt hat. Er habe festgestellt, dass von allen Seiten eine hohe Bereitschaft bestehe, sich aktiv und nachhaltig für die KMU einzusetzen. Die Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Gewerbe- und Industrievereine würden sich mit grossem persönlichem Interesse im Dienste der Sache engagieren.

Nur gemeinsam stark

Die Klausurtagung führte zur Erkenntnis, dass der Erfolg nur gemeinsam – als starkes Netzwerk – erreicht werden kann. Dies führe auch dazu, dass der zukünftige Handlungsbedarf offen angesprochen und konzentriert Lösungen erarbeitet würden. OS.



KGIV-Präsident Roland Hohl.



Regierungsrat Jörg Krähenbühl.



Nationalrat und Präsident Baumeisterverband Werner Messmer.



Landrat Christoph Buser, KMU-Förderung.

aktuell



Sinnvolles Geschenk für Bevölkerung.

Geschenk zum 20-Jahr-Jubiläum

Feuerstelle der KMU Ettingen

Der Gewerbeverein KMU Ettingen nahm sein 20 Jahr-Jubiläum zum Anlass, der Gemeinde und den Kunden Danke zu sagen. Dies sollte mit einem Geschenk von bleibendem Wert geschehen. Nach der Diskussion verschiedener Varianten (Der «Standpunkt» hat darüber berichtet) einigten sich die Vereinsmitglieder darauf, der Ettinger Bevölkerung eine neue Feuerstelle zu schenken.

Anfang September fand bei strahlendem Wetter das Einweihungsfest bei der Blockhütte im Ettinger Wald statt. Präsident **Andreas Brodmann** dankte den Sponsoren und der Bürgergemeinde für die Unterstützung dieses Projektes und freute sich, mit der Feuerstelle einen Ort der Begegnung zu schaffen. Gemeindepräsidentin **Käthy Zwicky** zeigte sich sichtlich erfreut über dieses Jubiläumsgeschenk und dankte den KMU gleichzeitig für das vielfältige Engagement in den vergangenen zwanzig Jahren in Ettingen. Als Vertreter der Sponsoren und Geschäftsleitungsmitglied der Wirtschaftskammer Baselland wies Landrat **Urs Berger** auf die Bedeutung des ortsansässigen Gewerbes hin und freute sich, mit einer «Wirtschaftskammer-Bank» zur schönen Gestaltung der Feuerstelle beigetragen zu haben. MWB.



Beurteilung von vermeintlichen oder wirklichen Altlasten

Publireportage

Der Begriff «Altlasten» sorgt im Zusammenhang mit ehemaligen Produktionsflächen, die neu genutzt werden sollen, häufig zu Bedenken oder gar Aufgeregtheiten. Die damit verbundenen Befürchtungen vor allem finanzieller Art sind jedoch oft unbegründet oder aber müssen – nach sorgfältiger Abklärung – relativiert werden, wie der Fachmann im folgenden Beitrag erläutert.

In Zeiten starker struktureller Veränderungen in industriell geprägten Regionen stellt die weitere Nutzung ehemaliger Produktionsflächen eine wichtige Aufgabe dar. Wirkliche oder vermutete Altlasten erschweren diesen Prozess. Sie wirken sich hindernd auf die Vermarktung betroffener Standorte aus.

Nüchterne Beurteilung

Oft reicht schon der beabsichtigte oder erfolgte Eintrag in den Kataster der belasteten Standorte. Denn: Unter dem Strich soll der Verkauf eines Grundstückes ja einen möglichst hohen Ertrag abwerfen. Für eine koste-

neffiziente Rückführung eines Standortes in einen nutzbaren Zustand muss eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigt werden. Zuerst muss festgestellt werden, ob ein Standort wirklich belastet ist. Falls dem so ist, muss die zukünftige Nutzung für das weitere Vorgehen betrachtet werden. Oft ist es so, dass eine Sanierung gar nicht nötig ist, da keine Umweltgefährdung vorliegt, sondern nur verschmutztes Bodenmaterial, von dem keine Schadstoffe in die Umwelt gelangen.

Stufenweise vorgehen

Ein stufenweises Vorgehen hat sich bewährt. Aufgrund einer historischen Erkundung werden Schadstoffpotenzial und Altlastenrisiko beurteilt. Bereits in dieser Phase kann ohne grossen finanziellen Aufwand (2000 bis 5000 Fr.) eine recht präzise Aussage über die zu erwartenden Kosten für den Abbruch von Gebäuden, die Entsorgung von Installationen und die allfällig nötige Boden-sanierung gemacht werden. Die technische Untersuchung und al-

lenfalls eine Detailuntersuchung bringen eine räumliche Eingrenzung der Belastung sowie eine Gefährdungsabschätzung.

Generalstabsmässige Planung und Überwachung

Anschliessend werden Konzepte zum industriellen Rückbau und zur gezielten Sanierung von Boden- und Grundwasserkontaminationen erarbeitet. Die Durchführung der Sanierung und des Rückbaus erfordert eine generalstabsmässige Planung und Überwachung. Ganz wichtig ist eine statistische Aussage aus unserer Erfahrung (weit über 100 Fälle): In den wenigsten Fällen ist eine Detailuntersuchung oder gar Sanierung nötig.

Zwei Beispiele

Zwei Standorte aus unserem Kanton sollen als Beispiele dienen:

● Verschiedene Zeitungen verschafften dem Standort einer ehemaligen Gerberei einen üblen Ruf. Historische und technische Abklärungen zeigten dann, dass weder eine Belastung des Grundwassers noch des Bodens durch Schadstoffe nachweisbar waren. Woher kam dann der schlechte Ruf?

Die Gebäude waren alt und die Bevölkerung hatte aus der Produktionsphase üble Gerüche, wie sie für Gerbereien üblich waren, in Erinnerung.

● In einem anderen Fall schlugen Sanierungsfirmen vor, ein Areal für 2,6 Mio. Franken komplett zu sanieren. Gespräche mit einem potenziellen Käufer und die Evaluation der vorhandenen Schadstoffe führten dann dazu, dass gar keine Ausgaben für die Sanierung nötig sind. Der Käufer ist an einer raschen Nutzung des Areals interessiert.

Schadstoffe im Boden tangieren sein Geschäft nicht. Die Schadstoffe sind zudem schlecht wasserlöslich und beeinflussen in diesem Fall die Umwelt nicht. Sie können also vor Ort verbleiben.

Die Bewältigung der beiden Fälle erfolgte natürlich in Absprache mit dem Amt für Umweltschutz und Energie, welches aufgrund von Fakten pragmatisch entschieden hatte.

Felix, Stirnadel & Partner,
Lupsingen

KMU-welt

Zu Gast bei den Solothurner KMU

Im Rahmen seiner Präsidentenkonferenz vom 22. Oktober 2007 referierten beim kantonal-solothurnischen Gewerbeverband KGV zu aktuellen politischen Themen: Nationalrat **Roland F. Borer** zur Unternehmenssteuerreform und Nationalrat **Hans Rudolf Gysin** zur Bauspar-Initiative. Eine gute Gelegenheit für KGV-Präsident **Rolf Kissling**, den Referenten nicht nur für ihre Informationen zu danken, sondern gleichzeitig den tags zuvor klar wiedergewählten Nationalräten herzlich zur Bestätigung zu gratulieren (*Bild unten*). MS.



Gratulation zur Wahl: Rolf Kissling, Hans Rudolf Gysin und Roland F. Borer.

Harsche Kritik am Bund

Die grafische Industrie wehrt sich gegen Dumping bei der Vergabe von Staatsaufträgen. Der Branchenverband Viscom fordert von Bund und Kantonen, die Einhaltung der Sozialstandards zu berücksichtigen.

Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) hat den laufenden Kontrollvertrag gekündigt, den es 2003 mit Viscom sowie den Gewerkschaften Comedia und Syna unterzeichnet hatte. Gemäss diesem Abkommen durfte das BBL Druckaufträge nur an Unternehmen vergeben, die die Einhaltung gewisser Mindeststandards gewährleisten. (SGV.)

zur autorin

Felix, Stirnadel & Partner Umwelt- und Sicherheitsberatung

Moosbrunnweg 6,
4419 Lupsingen
Tel. 061 913 03 03,
Fax 061 913 03 06

Bearbeitung von Umweltschäden:

- Haftpflicht- und Schadenfälle (Prävention und Behebung)
- Altlastensanierung
- Entsorgung und Recycling
- Abschätzung von Gefährdungspotenzialen
- Abschätzung von Sanierungs- und Aufräumkosten

Liegenschaftsbewertung und Rückbau von Industriegebäuden:

- Bestimmung des Ist-Wertes eines

Areals (Boden, Gebäude, Installationen)

- Rückführung eines Areals in einen nutzbaren Zustand
- Ausarbeitung verschiedener Nutzungsvarianten
- Entsorgung und Recycling von Abfällen, Installationen

Sicherheits- und Umweltaudits:

- gesetzlicher und technischer Stand in Bezug auf Sicherheit und Umweltschutz
- Einführung und Überprüfung von Umweltmanagementsystemen
- Risikoanalysen
- Merger- und Acquisitionaudits
- Arbeitshygiene, Arbeitssicherheit



Leserreaktionen

«Munition weg – und das Sackmesser?», Kolumne von Peter Amstutz, Bern, «Standpunkt» Nr. 218 vom 24. Juli 2007:

Sehr geehrter Herr Amstutz; Haben Sie diesen Artikel geschrieben? Wenn ja, so gratuliere ich Ihnen dazu. Dieser Kommentar ist ganz nach meinem Gusto. Wo bleibt denn sonst die immer so viel gelobte Eigenverantwortung?

T. G., Arisdorf

Gratulation... wiederum ein Top Beitrag zur «Fetzschen Demontierung der Armee». Es wäre zum Herauslachen, wenn es nicht ernst wäre. Denn es könnte tatsächlich in die von Ihnen beschriebenen Richtung gehen. Als ob wir nichts wichtigeres zu entscheiden hätten. Ihr Beitrag macht den «Standpunkt» lesenswert – früher war der Weg in den Rundordner schneller.

H. M., Lausen

«Reden statt rechnen für das Weltklima», Kolumne von Peter Amstutz, Bern, «Standpunkt» Nr. 220 vom 18. September 2007

Ist es nicht erstaunlich, dass die GenossInnen uns ständig weismachen wollen, mit immer neuen Lenkungsabgaben liesse sich das Klima retten? Tatsache ist, dass gerade die ins Auge gefassten neuen Energie-Abgaben zum Schluss unweigerlich von allen Konsumenten bezahlt werden müssen. Und dann trifft es jene am härtesten, die ohnehin auf der sozial schwächeren Seite stehen. Unsere «sozial-kompetenten» Parteien sollten ihren Stammwählern endlich auch diese Rechnung offen vorlegen.

B. E. Basel

Gala-Abend 100 Jahre Schreinermeister-Verband Baselland

Schreiner in Festlaune



Festlicher Gala-Abend im Liestaler «Engel» zum 100-Jahr-Jubiläum.

Mit einem festlichen Gala-Abend setzten die Baselbieter Schreinermeister Mitte September den fulminanten Schlusspunkt im Rahmen ihres diesjährigen 100-Jahr-Jubiläums. Noch einmal erwies viel politische Prominenz dem jubelnden Berufsverband ihre Reverenz.

Neben den obligaten Gussadressen standen an diesem würdigen Anlass vor allem das Kulinarische, ein tolles Unterhaltungsprogramm mit Rotstabil-Clique, Stedtli-Singers und dem Orchester Pierre Batal sowie das gemütliche Beisammensein im Vordergrund.

Höhe- und Schlusspunkt

Mit dem Gala-Abend im Hotel Engel in Liestal fand der abschliessende Höhepunkt im Jubeljahr des Schreinermeister-Verbandes Baselland statt. Der Auftakt zu diesem in der Geschichte des Verbandes zweifellos denkwürdigen und lange nachwirkenden Jahr erfolgte mit dem Neujaars-Apéro im Ausbildungszentrum in Liestal und der gleichzeitigen Inbe-

triebnahme des neuen CNC-Bearbeitungszentrums. Anschliessend zeigten die Schreiner mit den speziell angefertigten Jubiläumshahnen vor ihren Betrieben für jedermann sichtbar Flagge. Schliesslich schenkten sich die Baselbieter Schreiner nach den Sommerferien eine hundert Seiten starke Verbandschronik.

Wichtige Rolle auch in Zukunft

Mit berechtigtem Stolz blickte Verbandspräsident **Heinz Wahl** in seiner Festansprache auf dieses Jubiläumsjahr zurück. Einen besonders herzlichen Willkommensgruss richtete er an Landratspräsidentin **Esther Maag**, Regierungsrat **Urs Wüthrich-Pelloli**, Nationalrat **Ruedi Lustenberger**, Präsident des schweizerischen Dachverbandes VSSM, Nationalrat **Hans Rudolf Gysin**, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, Stadtpräsidentin **Regula Gysin** von Liestal sowie Ehrenpräsident und Wirtschaftskammer-Präsident **Andreas Schneider** und **Evi Staubli**, Direktorin des VSSM. Die Anwesenheit dieser Ehrengäste unterstreiche die

Bedeutung des jubelnden Berufsverbandes, freute sich Wahl.

Auch nach diesem Jubiläumsjahr wollen die Schreiner Flagge zeigen. «Die Baselbieter Schreinermeister werden die Zukunft frohgemut und beherzt in Angriff nehmen. Unser Jahrtausende altes und damit in jeder Hinsicht ehrwürdige Handwerk soll auch in den nächsten hundert Jahren eine wichtige Rolle spielen», schloss Wahl seine Festansprache.

Baselbieter sind Spitze

Regierungsrat Urs Wüthrich gratulierte namens der Baselbieter Behörden zum 100. Geburtstag und dankte dem Schreinermeister-Verband Baselland im Besonderen für dessen beispielhaftes Engagement in der Ausbildung des beruflichen Nachwuchses.

Andreas Schneider und Hans Rudolf Gysin überbrachten die Glückwünsche des kantonalen Dachverbandes und übergaben einen namhaften Beitrag in die Schreiner-Kasse zu Gunsten der Berufsbildung. VSSM-Präsident Ruedi Lustenberger und seine Direktorin Evi Staubli richteten schliesslich «freundeidgenössische Grüsse» an die Festgemeinde. Aus der Sicht des schweizerischen Dachverbandes sind die Baselbieter Schreiner schlicht Spitze, lobte Lustenberger. Und Stadtpräsidentin Regula Gysin erinnerte in ihrer Gussadresse daran, dass der jubelnde Verband vor hundert Jahren in Liestal gegründet worden ist. *MWB.*



Jubiläumssatzen für die Berufsbildung: Andreas Schneider, Präsident Heinz Wahl und Nationalrat Hans Rudolf Gysin.

Tic Light

Tic Beleuchtungen AG
Binningerstrasse 92
CH-4123 Allschwil
Tel. +41 (0)61 485 99 00
Fax +41 (0)61 485 99 01
info@tic-light.ch

Licht erleben...

Besuchen Sie unseren Showroom in Allschwil.

www.tic-light.ch



Für betroffene Laufner Firmen und für die Helfer:

Hochwasser-Brunch für KMU



KMU-Brunch gegen Hochwasser-Folgen: Die Brunch-Crew.

Die «KMU Laufental» und die Wirtschaftskammer luden Ende September zu einem Sonntags-Brunch ins Gymnasium Laufen ein. Eingeladen waren Helferinnen und Helfer sowie vom Hochwasser geschädigte Gewerbetreibende, aber auch Einwohnerinnen und Einwohner. Gegen 200 Gäste freuten sich über dieses aufmunternde Zeichen der Solidarität.

Die Auswirkungen des verheerenden Hochwassers Anfang August in Laufen sind immer noch zu spüren. Viele Probleme sind noch ungelöst. Der Schock bei den Geschädigten sitzt tief. So bot der vom Gewerbeverein KMU Laufental und von der Wirtschaftskammer Baselland durchgeführte Sonntagsbrunch einen willkommenen Anlass, um einerseits

den Helferinnen und Helfern herzlich zu danken, und andererseits den Geschädigten Mut für die Zukunft zu machen. Die Zutaten zum reichhaltigen Buffet wurden allesamt von Laufener Gewerbetreibenden geliefert und von den einladenden KMU-Organisationen offeriert.

Persönlicher Einsatz für eine gute Sache

Nicht nur Landrätin **Juliana Nuffer**, Präsidentin des Gewerbevereins KMU Laufental, und ihre Vorstandskollegen bedienten die gut 200 Gäste, welche am Brunch teilnahmen, sondern auch Wirtschaftskammer-Direktor Nationalrat **Hans Rudolf Gysin**, Landrat **Urs Berger** und verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Liestaler «Haus der Wirtschaft» standen hinter dem Buffet oder an der Getränkeausgabe und verwöhnten die Gäste.

Betroffene nicht alleine lassen

Für Stadtpräsidentin **Brigitte Bos** setzte diese sympathische Aktion der KMU-Wirtschaft ein ganz wichtiges Zeichen der Zuversicht und der Solidarität. Denn viele vom Hoch-

wasser Geschädigte haben Angst, dass sie bald einmal in Vergessenheit geraten, weil in den Medien wieder andere Themen die Oberhand gewinnen. Auch muss die Stadt Laufen als ein vor dem Hochwasser attraktiver und auch von ausserhalb stark frequentierter Einkaufsort wieder belebt werden. In diesem Sinne sind die die Geschäfte, die den Verkauf bereits wieder aufgenommen haben, auf Kundschaft angewiesen.

MWB.



Nationalrätlicher Service: Hans Rudolf Gysin am Brunch-Buffet.

1. KMU-Forum Reigoldswil

Politik braucht Engagement

Mit grossem Erfolg fand Ende September das erste KMU-Forum Reigoldswil statt. Im Mittelpunkt standen die Referate der Nationalräte **Christian Miesch** und **Peter Spuhler**, die auf eindrückliche Weise bestätigten, dass sich Unternehmer und damit die KMU-Wirtschaft politisch engagieren müssen.

Landrat **Hansruedi Wirz** freute sich namens der fünf organisierenden Gewerbevereine – Reigoldswil, Bubendorf, Hölstein, Oberdorf und KMU Homburger-/Diegtal – über das grosse Interesse, welches das erste, aber sicher nicht letzte KMU-Forum ausgelöst hat. Besonders dankte er der Wirtschaftskammer für deren logistische Unterstützung und den von ihr offerierten Apéro Riche.

Politik braucht aktive Unternehmer
Für Lokalmadator **Christian Miesch**, seit insgesamt acht Jahren als

selbständiger Unternehmer im Nationalrat, ist völlig klar: «Engagement in der Politik und damit für das Gemeinwohl ist unternehmerische Pflicht.» Das schweizerische Erfolgsmodell basiert auf einem massvollen Staat mit einer freien, prosperierenden Wirtschaft. Für Miesch gibt es keinen vernünftigen Grund, dass von diesem bewährten Prinzip abgewichen wird. Die KMU-Wirtschaft müsse sich in ihrem ureigenen Interesse auf allen Ebenen der Politik einmischen. Die Politik brauche mehr unternehmerisch denkende Praktiker.

Das eigene Beispiel zählt

Der Höhepunkt des 1. KMU-Forums Reigoldswil war zweifellos der erfrischende Auftritt von Nationalrat **Peter Spuhler**, VR-Präsident und Inhaber der Stadler Rail AG.

Spuhler begeisterte die KMU-Vertreter vollends. Hier sprach kein Politiker, der einfach Parolen und

volkswirtschaftliche Lehrsätze vermittelte, sondern ein Vollblut-Unternehmer – ein Praktiker, der sich täglich in einem umkämpften internationalen Wettbewerb behaupten muss. Die Stadler-Gruppe beschäftigt insgesamt 2500 Mitarbeiter und rechnet für das laufende Jahr mit einem Umsatz von 1,1 Milliarden Franken.

Als Unternehmer beherzigt Spuhler vier Führungsgrundsätze: 1.

Die Teamleistung zählt. 2. Eine klare Linie verfolgen. 3. Verantwortung übernehmen. 4. Transparent und ehrlich kommunizieren. Und im Sinne einer funktionierenden Sozialpartnerschaft steht für Spuhler die langfristige Sicherung bestehender Arbeitsplätze und das Schaffen von neuen Stellen ganz klar vor einer kurzfristigen Gewinnmaximierung.

MWB.



Engagierte KMU-Politiker (v. l.): Nationalrat **Peter Spuhler**, Landrat **Hansruedi Wirz**, Nationalrat **Christian Miesch** und Nationalrat **Hans Rudolf Gysin**.

regierung

BL-Bausparen auch im Steuerjahr 2007

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat Ende Oktober beschlossen, das Bausparen nach dem Baselbieter Modell auch im Steuerjahr 2007 als nochmalige Übergangslösung zuzulassen.

Ab dem 1. Januar 2005 ist es den Kantonen aufgrund von Art. 72d des Bundesgesetzes über die Steuerharmonisierung (StHG) zwar grundsätzlich verwehrt, bei der Einkommenssteuer einen Abzug für das Bausparen vorzusehen. Beim Bund wurde in der Zwischenzeit jedoch – nebst drei parlamentarischen Initiativen mit gleichem Inhalt – eine Ständesinitiative des Kantons Basel-Landschaft über die Beibehaltung bzw. die Wiedereinführung einer steuerlichen Bausparmöglichkeit eingereicht. Wegen der zeitlichen Verzögerung, die bei der Beratung dieses Geschäfts in den eidgenössischen Räten eingetreten ist, sind bisher auf Bundesebene jedoch noch keine definitiven Beschlüsse darüber zustande gekommen.

Der Ständerat hat am 6. März 2007 zwar inzwischen beschlossen, der Ständesinitiative des Kantons Basel-Landschaft nicht Folge zu leisten. Im Gegenzug hat der Nationalrat jedoch kürzlich, d.h. am 25. September 2007, beschlossen, allen vier Initiativen Folge zu leisten, also auch der Ständesinitiative des Kantons Basel-Landschaft. Der definitive Entscheid im Ratsplenum ist aber noch nicht gefällt worden.

Wegen dieser Umstände ist es deshalb – wie schon für die Steuerperiode 2006 – nötig, dass die Regierung den Bausparabzug für die Steuerperiode 2007 als Übergangslösung nochmals gewährt. Ein Unterbruch bis zum definitiven Entscheid zum Bausparen auf Bundesebene würde die Sparziele der Bausparer stark beeinträchtigen und auf Unverständnis stossen. *BL.*

Erfolgreiche Gewerbeausstellung der KMU Reinach

Unvergessliche AGIR 2007



AGIR-Eröffnung (v. l.): Regierungsrat Jörg Krähenbühl, KMU- und OK-Präsidentin Ute Gasser und Reinachs Gemeindepräsident Urs Hintermann.

Nach einer fünfjährigen Pause war es am 20. Oktober endlich wieder so weit: Die Reinacher KMU präsentierten sich an der AGIR 07. Zum offiziellen Start dieser grossen KMU-Messe wurden die Ausstellenden und Ehrengäste ins AGIR-Festzelt eingeladen.

In ihrer Begrüssung der Eröffnungsgäste freute sich Vereins- und OK-Präsidentin **Ute Gasser** ausserordentlich, dass nach den unzähligen Vorbereitungsstunden nun endlich der Startschuss fiel und die 144 Aussteller die Besucher mit ihren Leistungen und Produkten überzeugen konnten.

Erfahrungen und neue Ideen

Die AGIR 07 – ein Treffpunkt für die Bevölkerung und Unternehmen – soll aufzeigen, dass Reinach eine gesunde und wachstumsstarke Gemeinde ist, hielt Gasser fest. Das aktive Organisationsteam habe die bewährten Erfahrungen, gepaart mit neuen innovativen Ideen, umgesetzt und insbesondere beim Thema Sponsoring neue Wege beschritten.

Gasser bedankte sich bei ihrem Team für die sensationelle Arbeit, die in den letzten Wochen und Monaten ehrenamtlich geleistet worden ist. Eine KMU-Messe in dieser Grösse und Qualität sei nicht möglich ohne die Mithilfe der Mitglieder, Behörden und Sponsoren.

Reinach profitiert von aktiven KMU

Als Gemeindepräsident war es **Urs Hintermann** ein besonderes Anliegen, die ausstellenden KMU und Besucher in Reinach willkommen zu heissen. Nach dem Grosse Erfolg der AGIR im Jahre 2002 seien die Erwartungen hoch, doch sei er sich sicher, dass das Team um Ute Gasser diese noch übertreffen werde.

Die AGIR sei eine wichtige Veranstaltung für die KMU-Unternehmen und für die Bevölkerung. Die Gemeinde Reinach – als Teil dieses Netzwerkes – sei selbst mit einem Stand an der Messe beteiligt und stehe als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Reinach als florierender Wirtschaftsstandort profitiere von den aktiven und erfolgreichen Unternehmen, indem Arbeitsplätze geschaffen würden und die Gemeinde damit an Standortattraktivität gewinne.

Hintermann betonte, dass der Gewerbe- und Industrieverein «kmu Reinach» eine wichtige Rolle im Reinacher Wirtschaftsleben spielt. Dank ihm seien die KMU gut organisiert, und sie hätten dadurch gegenüber der Gemeinde ein Sprachrohr. Hintermann bedankte sich bei Ute Gasser für ihr ausserordentliches Engagement zu Gunsten der lokalen KMU-Wirtschaft.

Imagebildende Leistungsschau

Als sehr angenehme Aufgabe in seinem Pflichtenheft bezeichnete Nationalrat **Hans Rudolf Gysin**, Direktor der Wirtschaftskammer Basel-Land, die Besuche an Gewerbeausstellungen im Baselbiet. Die KMU-Messen seien für den Kantonalverband der sichtbarste und eindrücklichste Beweis einer herausragenden Leistungskraft der KMU im Kanton.

An Gewerbeausstellungen würde der Kontakt zur Bevölkerung ganz direkt und intensiv gepflegt, und diese Pflege sei eine unschätzbare Imagebildung für das Gewerbe, für das Handwerk, den Detailhandel und für die Dienstleistungsunternehmen einer Gemeinde.

Auch Gysin sprach der OK-Präsidentin Ute Gasser und ihrem Team ein grosses Lob aus. Es sei eine unglaubliche Leistung, eine derart umfassende Schau auf die Beine zu stellen und durchzuziehen.

Rotes Band durchschnitten

Mit dem traditionellen und feierlichen Durchschneiden des roten Bandes eröffneten der in Reinach wohnhafte Regierungsrat **Jörg Krähenbühl**, Gemeindepräsident Urs Hintermann und OK-Präsidentin Ute Gasser gemeinsam die 3-tägige Leistungsschau der Reinacher Unternehmen. *OS.*



Eröffnungsgäste an einer der grössten Gewerbeausstellungen im Kanton.